

Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR)

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Könizer Verwaltung gliedert sich seit der letzten grossen Revision (Reduktion von 7 auf 5 Direktionen auf den 1. Januar 2010) in fünf Direktionen, welche jeweils von einem Mitglied des Gemeinderats geführt werden. Die Kernaufgaben der fünf Direktionen sind in Art. 4 - 8 Verwaltungsorganisationsreglement (im Folgenden VOR) festgelegt (Zuständigkeit Parlament). Die organisatorische Gliederung der Direktionen (bis auf Stufe Abteilung) sowie die Aufgaben dieser Organisationseinheiten sind gemäss Art. 11 VOR in der Verwaltungsorganisationsverordnung festgelegt (Zuständigkeit Gemeinderat).

Der Gemeinderat hat in seiner neuen Zusammensetzung die aktuelle Organisation der Gemeindeverwaltung überprüft und ist zum Schluss gekommen, dass diese grundsätzlich gut funktioniert und zweckmässig ist. Er erachtet es aber als ständige Aufgabe, das System regelmässig zu überprüfen und wo sinnvoll mittels organisatorischer Anpassungen zu optimieren und neuen Entwicklungen und Gegebenheiten anzupassen bzw. dem Parlament (bei Anpassungen auf Ebene Reglement) vorzulegen.

In der Vergangenheit wurde die Aufgabenteilung der Direktionen mehrfach im Gemeinderat und im Parlament diskutiert und überprüft, u.a. kürzlich im Rahmen des Programms "Verwaltungs- und Direktionsreform" in der letzten Legislatur (2022 – 2025). Während der Analysephase des Programms hat der Gemeinderat einen Benchmark zur Organisationsstruktur mit anderen Gemeinden durchgeführt. Dieser hat aufgezeigt, dass die bestehende Organisationsstruktur in Köniz mit fünf Direktionen und jeweils 80-%-Pensen der Vorstehenden im Grundsatz eine ausgewogene Verteilung der Aufgaben und Aktivitäten auf die fünf Direktionen gewährleistet. Der Benchmark hat auch gezeigt, dass die Aufgabenaufteilung zwischen den Direktionen in den untersuchten Gemeinden unterschiedlich ausgestaltet sind und es kein Standardmodell für eine ausgewogene Aufgabenteilung und eine ausgewogene Einflussnahme gibt. Deshalb hat der damalige Gemeinderat im Frühjahr 2022 beschlossen, auf eine grössere Direktionsreform zu verzichten, u.a. weil die Verwaltung in den vorangegangenen Jahren zusätzlich zu ihren Kernaufgaben zahlreiche Ausnahmesituationen zu bewältigen hatte (Aufgabenüberprüfung, Corona-Krise, budgetloser Zustand, Rücktritt und Vakanz im Gemeindepräsidium). Es wurde damals aber festgestellt, dass die Gemeinde Köniz mit der Zuordnung der Finanzen zum Präsidium eine Ausnahme bildet und dass bei allen untersuchten Berner Gemeinden die Planung/Stadtentwicklung der Präsidialdirektion zugeordnet ist.¹ Ein diesbezüglicher Wechsel schien dem damaligen Gemeinderat aber nicht opportun. Der Fokus der Verwaltungs- und Direktionsreform wurde deshalb auf die Optimierung der abteilungs- und direktionsübergreifenden Zusammenarbeit (Teil Verwaltungsreform) gelegt, da dies bei der Analyse als eine spezifische Herausforderung erkannt wurde. Parallel dazu wurden – teilweise im Rahmen des Programms und teilweise als separate Prozesse in enger Abstimmung mit dem Programm - diverse Organisationsentwicklungsprozesse durchgeführt inkl. der Reorganisation oder Neuzuteilung spezifischer Aufgaben oder Organisationseinheiten.²

¹ "Nur in Renens und Köniz sind die Finanzen bei der Präsidialdirektion. In den übrigen Gemeinden sind die Finanzen einer eigenen/anderen Direktion zugeteilt (Thun, Biel, Bern, Burgdorf, Langenthal, Emmen, Bellinzona, Uster, Emmen, Nyon, Bellinzona) (...) Mit Ausnahme von Köniz ist die Stadtplanung/Stadtentwicklung in allen untersuchten Berner Gemeinden der Präsidialdirektion (Thun, Biel, Bern, Langenthal), respektive dem Präsidium zugeteilt (Burgdorf)." "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz – Schlussbericht", Parlamentssitzung vom 1. Dezember 2025, S. 6.

² Siehe "Verwaltungs- und Direktionsreform Gemeinde Köniz – Schlussbericht", Parlamentssitzung vom 1. Dezember 2025.

Der neu gewählte Gemeinderat hat die verschiedenen Fragestellungen erneut aufgenommen und die Aufgaben der Direktionen im Rahmen der Direktionszuteilung an der konstituierenden Sitzung im November 2025 ebenfalls diskutiert. Er hat beschlossen, die Aufgaben Finanzen und Planung im Wechsel der jeweils anderen Direktion zuzuordnen, so wie es bei den anderen grossen Berner Gemeinden der Fall ist. Die Finanzen sollen somit neu der bisherigen Direktion Planung und Verkehr unter der Leitung von Dominic Amacher zugeordnet werden, die Planung soll neu zur Präsidialdirektion unter der Leitung von Gemeindepräsidentin Tanja Bauer gehören. Der neu gewählte Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Beginn der Legislatur mit drei neuen Mitgliedern der richtige Zeitpunkt ist, diese Anpassung vorzunehmen.

Da die Aufgaben der Direktionen wie einleitend ausgeführt im Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) festgelegt sind, legt der Gemeinderat diese Anpassung dem Parlament mittels Antrags zur Anpassung des VOR zum Beschluss vor.

Parallel zum vorliegenden Bericht legt der Gemeinderat dem Parlament, wie in der Motion V2538 (GPK) verlangt, einen Bericht mit einer Übersicht über die Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung vor, in dem u.a. hervorgeht, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden. Im Bericht werden die in der Motionsbegründung aufgeführten Fragen beantwortet.

Bei der Parlamentsdebatte zur Erheblicherklärung der Motion V2538 wurde in Voten das Anliegen geäussert, dass der Gemeinderat zusätzlich zur in der Motion verlangten Schnittstellenanalyse und der angekündigten Anpassung des VOR (Neuzuordnung der Finanzen und Planung) weitere Fragen im Zusammenhang mit Schnittstellen und Organisationsstrukturen prüft und dem Parlament Bericht erstattet.

Der Gemeinderat kommt diesem Anliegen in Kapitel 3 des vorliegenden Berichts nach und legt dem Parlament ausgewählte zusätzliche Anpassungen des Verwaltungsorganisationsreglements als "Paket" zum Beschluss vor. Im Kapitel 4 werden zudem nochmals kurz weitere Projekte zu Prozessen, Abläufen, Zuständigkeiten und organisatorischen Anpassungen in der Gemeindeverwaltung aufgelistet, welche der Gemeinderat in den letzten Jahren überprüft und teilweise angepasst hat.

Damit werden dem Parlament für die beantragte Anpassung des VOR umfangreiche Entscheidungsgrundlagen vorgelegt, wie dies in der Motion V2538 verlangt worden ist.

2. Neuordnung der Finanzen und der Siedlungsplanung (Art. 4 und 5 VOR)

2.1 Die beantragte Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR)

➔ Für die Neuordnung der Aufgaben Finanzen und Siedlungsplanung wird dem Parlament beantragt, die Aufgaben "Finanzen, Steuern" (bisher Direktion Präsidiales und Finanzen) und "Planung" (bisher Direktion Planung und Verkehr) der jeweils anderen Direktion zuzuordnen, mittels Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR):

Art. 4 VOR

- Anpassung der Bezeichnung der Direktion (neu Direktion Präsidiales und Planung, DPP).
- Anpassung der Aufgaben: Die Aufgaben "Finanzen, Steuern" werden gestrichen, neu kommt die Aufgabe "Siedlungsplanung" hinzu.

Art. 5 VOR

- Anpassung der Bezeichnung der Direktion (neu Direktion Finanzen und Verkehr, DFV).
- Anpassung der Aufgaben: Die Aufgabe "Siedlungsplanung" wird gestrichen, neu kommen die Aufgaben "Finanzen, Steuern" hinzu.

Folgeanpassungen in anderen Reglementen:

Als Folge der Anpassung von Art. 4 und 5 VOR müssen die folgenden weiteren Anpassungen auf Stufe Reglement vorgenommen werden:

- In Artikel 8 des Reglements vom 16. Januar 2017 über den Ausgleich von Planungsvorteilen wird "Direktion Planung und Verkehr" ersetzt durch "Direktion Präsidiales und Planung"

- In Artikel 1 des Reglements vom 11. Dezember 1995 mit Ausführungs- und Gebührenbestimmungen zum Baureglement und über die Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes wird "Direktion Planung und Verkehr" ersetzt durch "Direktion Finanzen und Verkehr".

Als Datum für das Inkrafttreten ist der 1. September 2026 vorgesehen. Dies ermöglicht dem Gemeinderat und der Verwaltung, Anpassungen der Verordnungen und Weisungen vorzunehmen sowie Abläufe und Prozesse angemessen vorzubereiten.

Bei Annahme der Anpassung des VOR wird der Gemeinderat Folgeanpassungen in den Ausführungsbestimmungen vornehmen (z.B. Verwaltungsorganisationsverordnung Titel B und C, Art. 187, 19, 22, 26, 26a, 27; Anpassung von Internen Weisungen und Organigrammen im Handbuch Organisation). Die Änderungen werden erst erarbeitet, wenn das Parlament die Anpassungen auf Ebene Reglement beschlossen hat.

2.2 Begründung für die Neuordnung

a) Breitere Abstützung der Geschäfte durch Trennung der Finanzen von der Präsidialdirektion

Eine Zuordnung der Finanzen zur neuen Direktion Finanzen und Verkehr (neu DfV) und damit die Trennung der Finanzen von der Präsidialdirektion ist nach Ansicht des neu gewählten Gemeinderats aufgrund einer breiteren Abstützung und Rollenteilung sinnvoll.

Aufgrund der schwierigen Erfahrungen mit den mehrjährigen kontroversen Diskussionen im Vorfeld der im 2022 von der Stimmbevölkerung genehmigten Steuererhöhung hat sich der Gemeinderat Gedanken gemacht, wie solche Situationen nach Möglichkeiten vermieden oder zumindest besser begegnet werden könnte. Neben der konsequenten Umsetzung der Finanzstrategie und einer strengen Finanzplanung erscheint auch eine breitere Abstützung des Dossiers Finanzen im Gemeinderat als sinnvolle Massnahme. Auch wenn die Finanzen aktuell stabilisiert sind, könnten äussere Einflussfaktoren in Zukunft für Köniz Herausforderungen bringen. Gerade in solchen Zeiten ist es sinnvoll, die Aufgaben nach aussen sichtbar breiter abzustützen.

Ein weiterer Vorteil der Neuordnung der Finanzen ausserhalb der Präsidialdirektion ist, dass es bei den Finanzen oft darum geht, in gewisser Weise zu "bremsen". Das Gemeindepräsidium wiederum hat oft die Rolle, Lösungen zu finden und als "Motor" zu agieren. Wohl auch darum wurden die Finanzen in den grösseren, stärker von Entwicklung betroffenen Berner Gemeinden in der Vergangenheit ausserhalb der Präsidialdirektion angeordnet. So sind die Rollen "Entwicklung" und "stabile Finanzen" besser verteilt.

Auch bei zentralen verwaltungsinternen Prozessen trägt eine Trennung der Finanzen von der bisherigen DPF zu einer breiteren Abstützung bei. Die bisherige DPF ist aktuell aufgrund ihrer vielen Querschnittsaufgaben (z.B. Stabsabteilung, Fachstelle Recht, Fachstelle Kommunikation, Personalabteilung) bei zahlreichen Geschäften direkt oder zumindest im Rahmen des Mitberichtsverfahrens involviert. Der Finanzabteilung kommt hier eine Sonderrolle zu, da bei allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen, welche den Betrag von CHF 5'000 übersteigen, zwingend ein Mitbericht der Finanzabteilung einzuholen ist. Bei einem Wechsel der Finanzen zur neuen Direktion Finanzen und Verkehr werden neu mindestens zwei Gemeinderatsmitglieder die Möglichkeit haben, die Geschäfte frühzeitig und aus verschiedenen Blickwinkeln zu prüfen, bevor der Antrag dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt wird. Dies trägt ebenfalls zu einer breiteren Abstützung bei.

b) Bessere Gewährleistung der längerfristigen Gemeindeentwicklung durch Zuordnung der Planung zur Präsidialdirektion

Planungen sind in den meisten Fällen komplexe und längerfristige Prozesse und Projekte, an welchen neben der Planungsabteilung auch andere Abteilungen sowie externe Partner:innen beteiligt sind. Die Planungsabteilung nimmt hier oft - vor allem in einer ersten Projektphase - zusätzlich zu den Fachplanungsaufgaben eine Koordinationsfunktion zwischen unterschiedlichsten Abteilungen (Verkehr, Gemeindebetriebe, Umwelt und Landschaft, Bildung, soziale

Einrichtungen und Sport, Immobilien...) wahr. Die Zuordnung dieser Koordinationsaufgabe zur Präsidialdirektion macht deshalb Sinn.

Auch in Bezug auf die Kontakte mit den externen Partner:innen bei Planungsprojekten und Arealentwicklungen (z.B. Investor:innen, Kanton) erachtet es der Gemeinderat als sinnvoll und besser, wenn die politische Führung für die Planungsaufgaben beim Gemeindepräsidium ist. Mit der Zuordnung der Planung zur neuen Direktion Präsidiales und Planung (DPP) ist damit nach Ansicht des Gemeinderats die längerfristige Entwicklung der Gemeinde besser abgestützt.

c) Der Vergleich mit anderen Gemeinden

Der erwähnte im Rahmen der Verwaltungsreform durchgeführte Benchmark zur Organisationsstruktur von mit Köniz vergleichbaren Gemeinden hat gezeigt, dass auch bei allen anderen grösseren Gemeinden im Kanton Bern die Planung der Präsidialdirektion zugeordnet ist (Bern, Thun, Biel, Burgdorf, Langenthal). In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass auch die zweitgrösste (Biel) und die drittgrösste Berner Gemeinde (Thun) den Wechsel der Ressorts Finanzen und Planung analog dem vorgeschlagenen Wechsel in Köniz (viertgrösste Gemeinde) in den letzten Jahren vorgenommen haben. In Biel trat im 2013 eine umfassende Reorganisation der Direktionen in Kraft. Seither umfasst der Gemeinderat gleich wie Köniz fünf vollamtliche Mitglieder (vorher 4 vollamtliche und 4 nebenamtliche). In diesem Zusammenhang wurde die Stadtplanung aus der Baudirektion herausgelöst und der Präsidialdirektion zugeordnet, mit der Begründung, dass sich diese stärker auf die Stadtentwicklung mit den Abteilungen Stadtplanung und Wirtschaftsförderung konzentrieren kann.³ In Thun wurde der gleiche Wechsel im 2019 vollzogen. Die Stadtplanung wurde neu dem Stadtpräsidium zugeordnet, die Finanzen (bisher beim Stadtpräsidium) sind seither neu bei der Direktion Finanzen, Ressourcen und Umwelt. Die Zuständigkeit für die Zuordnung der Aufgaben liegt in Thun beim Gemeinderat. Auch der Vergleich mit Städten und Gemeinden in anderen Kantonen⁴ zeigt auf, dass aktuell die Finanzen neben Köniz nur in der Gemeinde Renens bei der Präsidialdirektion angesiedelt sind.

d) Rasche Umsetzbarkeit ohne grösseren Verwaltungsaufwand

Eine Neuordnung der Aufgaben Planung und Finanzen im Sinne eines "Wechsels" ist rasch und ohne grössere Direktionsreform - welche einen grossen Verwaltungsaufwand bewirken würde – umsetzbar. Sowohl die Aufgabenbereiche (Arbeitsumfang und Einflussnahme) als auch die Grösse der Abteilung (Anzahl Mitarbeitende und Organisationseinheiten) sind bei der Planungsabteilung und der Finanzabteilung in etwa vergleichbar. Auch im Hinblick auf die Verwaltungseffizienz ist kein zusätzlicher Aufwand oder neue Schnittstellen zu erwarten. Die Schnittstellenanalyse (siehe hierzu den Bericht des Gemeinderats zur Motion V 2538) zeigt auf, dass beide Abteilungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben ähnlich umfangreiche Schnittstellen zu Abteilungen aller Direktionen aufweisen.

2.3 Aspekte, die bei der Umsetzung zu berücksichtigen sind

Die Neuordnung der Aufgaben Planung und Finanzen wurde mit den für die Aufgaben zuständigen Verwaltungskaderpersonen besprochen. Beide beurteilen die Neuordnung als machbar, da die Zusammenarbeit im Tagesgeschäft in der Gemeinde Köniz grösstenteils direkt zwischen Abteilungen verläuft, nicht über die Hierarchiestufe Direktion. Die Gliederung in Direktionen ist deshalb kein kritischer Faktor für die Erfüllung des Auftrags. Die Neuordnung dürfte weder die Verwaltungseffizienz noch den Ressourcenaufwand beeinflussen.

Im Einzelnen wurden Hinweise zur Umsetzung gemacht:

- Positiv für die Planungsabteilung ist, dass die häufig von Bürger:innen oder Investor:innen beim Gemeindepräsidium deponierten Anliegen in Planungsfragen neu direkt abgestimmt werden können. Damit kann der Koordinationsaufwand verringert werden.

³ Stadt Biel: Bericht des Gemeinderates an den Stadtrat betreffend das Projekt Struktur Biel 2013 / Teilprojekt Politische Struktur / Teilrevision der Stadtordnung.

⁴ Uster, Emmen, Nyon, Renens, Bellinzona

- Positiv gewertet wird auch, dass Interessensabwägungen zwischen Planung und Verkehr neu durch den Gemeinderat und nicht mehr innerhalb der gleichen Direktion erfolgen. Das gibt möglicherweise etwas mehr Koordinationsaufwand, ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Aufgabe aber sachgerecht.
- Ein besonderes Augenmerk ist auf die häufige Zusammenarbeit zwischen Planungsabteilung und Bauinspektorat zu legen. Diese muss weiterhin eng sein, um die Bauprozesse schlank halten zu können.
- Mit der Finanzabteilung wechselt eine Querschnittsdienstleistung die Direktion und ist neu nicht mehr in der gleichen Direktion wie die Querschnittsdienstleistungen Personal und Recht. Die Zusammenarbeit kann aber unverändert erfolgen.

3. Weitere Anpassungen des VOR

3.1 Neuorganisation des Facility Management

In Abstimmung mit dem vorliegenden Antrag wurde im Rahmen eines separaten Projektauftrags des Gemeinderats die Zentralisierung des Facility-Managements (Betrieb und betrieblicher Unterhalt der Liegenschaften) überprüft.

Ein Vergleich mit der Organisation anderer Gemeinden ergibt, dass die grossen Gemeinden ihre Liegenschaften in einer zentralen Organisationseinheit bewirtschaften. In der Stadt Thun bildet das Facility Management Teil des Amtes für Stadtliegenschaften. In der Stadt Bern bildet das FM eine Organisationseinheit innerhalb Immobilien Stadt Bern (Immobilienmanagement Verwaltungsvermögen). Auch die Gemeinde Lyss hat ihre Objektbewirtschaftung zentralisiert. Anders sind die Gemeinden Münsingen oder Langenthal organisiert. Die Bewirtschaftung (Hauswartung) der Schulobjekte wird in diesen Gemeinden der Volksschulen zugeordnet, welche eine gewisse Autonomie gegenüber der Gemeindeverwaltung aufweisen.

Auf der Grundlage des Analyseberichts der ersten Phase des Projektes hat der Gemeinderat beschlossen, die heute in der Abteilung Immobilien und den Schulen angesiedelten Funktionen mit Bezug zu Betrieb und betrieblichen Unterhalt von Liegenschaften (Facility-Management) in einer eigenständigen Organisationseinheit auf Abteilungsebene zusammenzufassen und der Direktion für Sicherheit und Liegenschaften (DSL) zuzuordnen.

Die Verantwortlichen der Schulanlagen werden gegenwärtig formell von den Schulleitungen geführt, wobei der Fachstelle Anlagen und Sport der Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport (BSS) eine zentrale Rolle bei der Koordination der Facility-Management-Aufgaben zufällt. Das Facility-Management für die übrigen Liegenschaften wird von der Direktion für Sicherheit und Liegenschaften (DSL) in der Abteilung Immobilien (IMMO) wahrgenommen. Der Grossteil des Liegenschaftsportfolios der Gemeinde Köniz bezieht sich auf die Schulliegenschaften. Bloss 20% der Liegenschaften weisen keinen Bezug zu Schulen auf. Insgesamt sind den Facility-Managementfunktionen ungefähr 6'000 Stellenprozente zugeordnet. Diese verteilen sich auf über ca. 300 Anstellungsverhältnisse (in erster Linie Reinigungskräfte).

Aus der vom Gemeinderat in Auftrag gegebenen Analyse geht hervor, dass mit der Zusammenführung der Facility-Management-Funktionen in der Gemeindeverwaltung nicht nur die personellen Ressourcen besser disponiert werden können. Die Zusammenführung erleichtert auch die Anpassung der Prozesse an stetig steigende Anforderungen. Diese steigen einerseits im technischen Bereich, aber auch bezüglich der Sicherheit des Gebäudebetriebs.

Das Berufsbild der/s "Hauswart:in" hat sich in den letzten 30 Jahren von einer/m reinen handwerklichen „Allrounder:in“ hin zu einer/m spezialisierten Technik- und Gebäudemanager:in entwickelt. Während früher oft die einfache Instandhaltung im Vordergrund stand, sind heute technisches Fachwissen, digitale Kompetenz und administrative aber in erster Linie auch kommunikative Fähigkeiten im Verhältnis zu den Nutzer:innen der Gebäude entscheidend. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass diese Entwicklung die Unterstellung aller Facility-Management-Funktionen unter eine zentrale Leitung mit klar ausgewiesenen Fachkompetenzen geradezu bedingt.

Die Zusammenführung erfolgt nicht aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen. Vielmehr verfolgt der Gemeinderat das Ziel, das Facility-Management unter Einschluss der Aufgabenberei-

che Arbeitssicherheit und Beschaffung an die heutigen und künftigen Anforderungen auszurichten. Die Ausrichtung der Dienstleistungen des Facility-Management auf die Nutzer:innen der Liegenschaften der Gemeinde muss dabei beibehalten werden.

Vorerst sind mit Anstellung einer fachkompetenten Abteilungsleitung Kosten verbunden. Inwiefern weitere Ressourcen beschafft werden müssen, kann zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend abgeschätzt werden. Es wird Aufgabe der neu zu rekrutierenden Abteilungsleitung sein, in einer weiteren Projektphase zusammen mit bereits in der Gemeindeverwaltung tätigen Wissensträger:innen Prozesse und Schnittstellen zu Partnerorganisationen (insbesondere Schulen) zu analysieren und zu optimieren. Dabei soll aufgezeigt werden, ob und wenn ja, inwiefern die Organisation personell weiter gestärkt werden soll. Vorerst soll die Leitung der neuen Abteilung rekrutiert werden. Die damit verbundenen Kosten werden ordentlich budgetiert.

Die Zusammenführung der Facility-Management-Funktionen erfordert nicht zwingend eine Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements. Dieses ordnet den das Facility-Management umfassenden Aufgabenbereich "Bau und Unterhalt von gemeindeeigenen Bauten und Anlagen (Hochbau)" bereits der Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) zu. Die Gelegenheit soll aber genutzt werden, im Reglement zu spezifizieren, dass es sich um den "Bau, Unterhalt *und Betrieb der gemeindeeigenen Liegenschaften* (Hochbau)" handelt. Zusätzlich muss auf Ebene Reglement Pkt. 5.5 des Anhangs des Bildungsreglements (Stand 15. September 2025) aufgehoben werden. Gemäss dieser Bestimmung sind die Vorgesetztenaufgaben und -befugnisse betreffend Hauswirtschaft, Reinigung bisher Aufgaben der der Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport (BSS).

Die neue Abteilung soll auf der Basis neu geordneter Prozesse ihre Arbeit mit Beginn des Schuljahres 2027/2028 aufnehmen. Bis dahin gilt formell die bisherige Zuständigkeitsordnung.

Der Entscheid, das Facility-Management in der Gemeinde Köniz zu zentralisieren wird von den betroffenen Berufsgruppen mitgetragen.

➔ *Für die Neuorganisation des Facility Management werden dem Parlament folgende Anpassungen des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR) und des Bildungsreglements beantragt*

- Art. 7 VOR, Anpassung der Aufgaben: Die Aufgabe "Bau und Unterhalt der gemeindeeigenen Bauten und Anlagen (Hochbau)" (bisher) wird ersetzt durch die Aufgabe "Bau, Unterhalt und Betrieb *der gemeindeeigenen Liegenschaften* (Hochbau)" (neu).
- Im Anhang zum Bildungsreglement vom 13. Februar 2006 (Fassung vom 15. September 2025) wird die ganze Zeile C / 5.5 (Personal / Hauswirtschaft, Reinigung) aufgehoben.

Das Inkrafttreten dieser neuen Regelungen ist auf den 1.8.2027 (Beginn des neuen Schuljahres) geplant.

Bei Annahme der Anpassung des VOR und des Bildungsreglements wird der Gemeinderat Folgeanpassungen in den Ausführungsbestimmungen vornehmen (z.B. Verwaltungsorganisationsverordnung, Anpassung von Organigrammen im Handbuch Organisation). Die Änderungen werden erst erarbeitet, wenn das Parlament die Anpassungen auf Ebene Reglement beschlossen hat.

3.2 Neuordnung der Aufgabe Badeanlagen

Im Rahmen der Zusammenführung der Facility-Management-Aufgaben wurde auch die Zuordnung des Freibades Weiermatt geprüft.

Beim Freibad Weiermatt handelt es sich um eine Sportinfrastruktur, welche ein zentrales Element des Bewegungsraum- und Sportanlagekonzepts Köniz bildet. Dieses wird in der Verantwortung der Direktion für Bildung und Soziales weiterentwickelt und ist Basis für eine kommunale Sport-Strategie. Im Sinn der Bündelung der Verantwortung für die Sportinfrastruktur, welche dem Freizeit- und Leistungssport dient, soll die Zuständigkeit für das Freibad von der Direktion für Sicherheit und Liegenschaften an die Direktion für Bildung und Soziales übergehen (Abteilung BSS).

Analog zur weiteren Konkretisierung zur Zentralisierung des Facility-Managements wird vor der Inkraftsetzung der neuen Zuständigkeitsordnung die Betriebsorganisation des Freibades Weiermatt mit den Schnittstellen zu anderen Verwaltungseinheiten überprüft und wo nötig angepasst.

Die Änderung der Zuständigkeit für das Freibad Weiermatt hat keine Kostenfolgen.

➔ Für die Neuordnung der Aufgabe "Badeanlagen" wird folgende Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR) beantragt:

Art. 6 VOR (Direktion Bildung und Soziales)

- Die Aufgabe "Badeanlagen" kommt neu hinzu.

Art. 7 (Direktion Sicherheit und Liegenschaften):

- Die Aufgabe "Badeanlagen" wird gestrichen.

Das Inkrafttreten dieser neuen Regelung ist auf den 1.10.2027 geplant (nach Abschluss Badesaison 2027).

Bei Annahme der Anpassung des VOR wird der Gemeinderat Folgeanpassungen in den Ausführungsbestimmungen vornehmen (z.B. Verwaltungsorganisationsverordnung Verordnung über die Benützung des Schwimmbads Köniz Weiermatt, Anpassung von Organigrammen im Handbuch Organisation). Die Änderungen werden erst erarbeitet, wenn das Parlament die Anpassungen auf Ebene Reglement beschlossen hat.

3.3 Neubenennung Sekretariats- und Stabsdienste

Im Rahmen der Beantwortung der Interpellation V2520 (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Auftrag der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP) vom 15. September 2025 hat der Gemeinderat festgestellt, dass der Begriff der "Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderats und des Parlaments" unterschiedlich interpretiert wird und wohl auch nicht mehr ganz zeitgemäss ist. Die aktuellen Sekretariatsdienste umfassen alle Aufgaben der Stabsabteilung, welche unter administrativer Leitung des Gemeindeschreibers sind. Diese Aufgaben sind in Art. 20 Verwaltungsorganisationsverordnung (VOV) definiert und umfassen Sekretariatsleistungen, alle Aufgaben der Gemeindkanzlei, interne Dienste, die Vorbereitung und Begleitung der Umsetzung der Legislaturplanung, die Koordination und Begleitung des politischen Controllings sowie im Sinne einer generellen Auffangklausel alle "internen Dienste der Gemeindeverwaltung, mit Ausnahme derjenigen im Personalwesen und Finanzbereich". Der Stabsabteilung sind auch die Fachstelle Recht, die Fachstelle Parlament und die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte administrativ zugeordnet, da es sich bei deren Aufgaben ebenfalls um klassische Sekretariats- und Stabsdienstleistungen handelt, welche diese im Auftrag des Gemeinderats (Fachstelle Recht und Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte) bzw. des Parlaments (Fachstelle Parlament) erbringen.⁵

Mit fortschreitender Digitalisierung und vermehrtem Bedarf an direktionsübergreifender Zusammenarbeit haben sich die Aufgaben der Stabsabteilung in den letzten Jahren weiterentwickelt, von klassischen eher "administrativen" Sekretariatsleistungen hin zur Leitung und Gesamtkoordination von grösseren direktionsübergreifenden Aufgaben und Projekten, wie z.B. die Co-Leitung des Programms Verwaltungs- und Direktionsreform, die Leitung der Einführung der flächendeckenden elektronischen Geschäftsverwaltung GEVER, die Mitgliedschaft im Ausschuss Digitalisierung oder die Gesamtkoordination von direktionsübergreifenden Organisationsentwicklungsprozessen und Grossprojekten. Angesichts der steigenden Zahl von Grossprojekten hat der Gemeinderat am 22. Juni 2016 in diesem Zusammenhang auch entschieden, die Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte als neue Fachstelle innerhalb der Stabsabteilung zu errichten, als direktionsübergreifende Koordinationsstelle gegen innen und gegen aussen im Auftrag des Gemeinderats. Eine ähnliche Entwicklung, von ursprünglich stärker administrativen Sekretariatsaufgaben hin zu mehr Koordinations- und Stabsaufgaben, ist auch bei der Fachstel-

⁵https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/13753/152.011_Verwaltungsorganisationsverordnung.pdf?fp=

le Parlament festzustellen (z.B. Verfassen von Motionsantworten, Projektarbeit, Mitarbeit bei parlamentarischen Initiativen).

All die oberwähnten neuen Aufgaben sind klassische *Stabsdienstleistungen*, welche die Stabsabteilung bzw. deren zugeordnete Fachstellen im Auftrag des Gemeinderats (bzw. die Fachstelle Parlament im Auftrag des Parlaments) ausführen. Da Köniz mit seiner schlanken Verwaltungsstruktur über vergleichsweise wenig Hierarchiestufen und über keine Generalsekretariate in den Direktionen verfügt, ist der Umfang dieser direktionsübergreifenden Aufgaben der Stabsabteilung in der Gemeindeverwaltung Köniz besonders ausgeprägt.

Um die aktuelle Realität besser abzubilden wird deshalb vorgeschlagen, Art. 4 des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR) dahingehend anzupassen, den Begriff "Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes" mit dem Begriff "Sekretariats- und Stabsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes" zu ergänzen.

→ *Für die Neubenennung der Aufgabe Sekretariatsleistungen zu Gunsten des Gemeinderats und des Parlaments wird folgende Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) beantragt:*

- Anpassung der Aufgaben: Die Aufgabe " Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes " (bisher) wird umformuliert in " Sekretariats- und Stabsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes" (neu).

Als Datum für das Inkrafttreten ist – analog zur Anpassung des Art. 4 und 5 VOR in Kapitel 2 - der 1. September 2026 vorgesehen.

4. Weitere vom Gemeinderat geprüfte und umgesetzte Anpassungen

Wie bereits in Kapitel 1 ausgeführt, hat der Gemeinderat im Rahmen des Programms Verwaltungs- und Direktionsreform (2022-2025) und in seiner neuen Zusammensetzung im ersten Semester 2026 weitere Fragen zu Prozessen, Abläufen, Zuständigkeiten und zur Organisation der Gemeindeverwaltung geprüft und diverse Anpassungen umgesetzt. Dabei standen jeweils die folgenden Zielsetzungen im Vordergrund:

- Verwaltungseffizienz und -effektivität;
- Gewährleistung einer dienstleistungs- und zukunftsorientierten Verwaltung in einem rasch ändernden Umfeld;
- Optimierung der abteilungs- und direktionsübergreifenden Zusammenarbeit als besondere Herausforderung der Gemeindeverwaltung Köniz.

Im folgenden Kapitel werden im Sinne einer kurzen Zusammenfassung die wichtigsten Massnahmen aufgelistet (nicht abschliessend). Detailliertere Ausführungen zu den einzelnen Projekten finden sich in den jeweiligen Berichten und Unterlagen, welche teilweise auch im Parlament und/oder seiner Kommissionen behandelt wurden sowie im Schlussbericht zur Verwaltungsreform, welcher dem Parlament im Dezember 2025 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde.

4.1 Klärung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten sowie Optimierung der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit in der Gemeindeverwaltung Köniz erfolgt aufgrund ihrer Grösse und ihrer im Vergleich schlanken Struktur (keine Generalsekretariate oder Stäbe in den Direktionen) zu 80- 90 % direkt zwischen den Abteilungen. Dies hat die im Auftrag des Parlaments durchgeführte Schnittstellenanalyse bestätigt. Die Aufgaben werden dabei stetig komplexer, so dass die direktionsübergreifende Zusammenarbeit zwischen Abteilungen immer wichtiger wird. Auch die klare Zuteilung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten ist für eine effektive und effiziente Aufgabenerfüllung zentral.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat gezielt in die direktionsübergreifende Zusammenarbeit sowie in die Klärung der Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten investiert. Konkret wurden u.a. folgende Massnahmen umgesetzt:

- Erarbeitung und Umsetzung einheitlicher Aufgabenkatalog für die Direktionssekretariate;
- Überarbeitung der Projektmanagement-Weisung mit einheitlichen Vorgaben (Klassifizierung in A- und B-Projekte, Projektportfolio, Projektorganisation, Vorlage Projektauftrag, Vorlage Projektstatusbericht);
- Einrichtung von drei Standardmodellen zur Erfüllung der Querschnittaufgaben (Siehe Details im Bericht zur Umsetzung der Motion V2538);
- Überprüfung und Klärung der Rolle und der Aufgaben der Kaderkonferenz (Konferenz aller Abteilungsleiter:innen und den direktunterstellten Fachstellenleiter:innen), inkl. Formalisierung in der Verwaltungsverordnungsverordnung VOV;
- Kompetenzanpassungen auf Verordnungsstufe z.B. Zuständigkeiten im Beschaffungsprozess, Prozesse und Zuständigkeiten im Personalwesen.

4.2 Ausgewählte weitere Organisationsentwicklungs- und Reorganisationsprojekte

Zudem hat der Gemeinderat in den letzten Jahren zahlreiche gezielte Organisationsentwicklungs- und Reorganisationsprojekte umgesetzt, welche im Rahmen von Reglementsanpassungen teilweise auch vom Parlament beschlossen wurden:

- Überarbeitung des Personalrechts (Personalreglement und Personalverordnung);
- Änderung der Bildungssteuerung und Revision des Bildungsreglements;
- Digitalisierung zentraler Prozesse in Finanzwesen und im Personalwesen (DigiFin und DigiP);
- Errichtung des Ausschuss Digitalisierung (Gremium zur koordinierten Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Digitalisierungsstrategie und des Masterplans) und einer neuen Stelle Digitalisierungsfachperson;
- Neuorganisation des Themas Arbeitssicherheit (inkl. neue Stelle einer/s Sicherheitsbeauftragten);
- Überarbeitung des Risikomanagement (Prozesse und Zuständigkeiten);
- Errichtung einer neuen Stelle Wirtschaftsförderung;
- Organisationsentwicklungs- und Reorganisationsprozesse in verschiedenen Abteilungen (z.B. Abteilung Immobilien, Planungsabteilung, Finanzabteilung, Personalabteilung, Stabsabteilung, Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport, Abteilung Umwelt und Landschaft, Abteilung Gemeindebetriebe);
- Errichtung Fachbereich Wohnraumentwicklung als interne und externe Anlaufstelle;
- Errichtung Koordinator:in Nachbarschaftshilfe, Familienbeauftragte:r und Altersbeauftragte:r in der Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport;
- Optimierung und neue Aufgabenzuteilung bei der Flächenunterhaltsorganisation;
- Strategische Planung Bildungsraum unter Beteiligung aller involvierten Direktionen und Abteilungen.

5. Abschliessende Bemerkungen

Der Gemeinderat legt dem Parlament mit dem vorliegenden Geschäft die Neuordnung der Aufgaben Finanzen und Planung sowie weitere gezielte Anpassungen der Zuteilung und Benennung von Aufgaben der Gemeindeverwaltung auf Stufe Reglement als Paket vor. Der neu gewählte Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Beginn der Legislatur mit drei neuen Mitgliedern hierfür der richtige Zeitpunkt ist. Zusammen mit dem Bericht zur Umsetzung der Motion V2538 (GPK) (Schnittstellenanalyse) verfügt das Parlament über eine fundierte Übersicht als Entscheidungsgrundlage.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die vorgeschlagenen Anpassungen den Anforderungen an eine effiziente und effektive Erfüllung der Aufgaben sowie eine ausgewogene Verteilung der Aufgaben und der Einflussnahme der Direktionen nachkommen. Weitere Anpassungen und Optimierungen wurden im Rahmen der Verwaltungsreform (2022-2025) und weiteren Projekten überprüft und wo sinnvoll umgesetzt. Somit ist die Gemeindeverwaltung Köniz für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt.

Für weitere Anpassungen im Sinne einer grösseren Direktionsreform sieht der Gemeinderat keinen Bedarf. Zudem bestünde das Risiko, die Ausgewogenheit aus der Balance zu bringen. Der Gemeinderat will in der neuen Legislatur den Fokus und den Ressourceneinsatz auf die Realisierung konkreter Projekte und eine gute Dienstleistungserbringung zugunsten der Bevölkerung richten. Sollten neue Entwicklungen und Themen aufkommen, welche die Aufgabenteilung und/oder die Organisation der Gemeindeverwaltung beeinflussen, wird der Gemeinderat diese proaktiv angehen und wo sinnvoll anpassen bzw. dem Parlament vorlegen, da er die regelmässige Überprüfung und Optimierung von Prozessen und Organisationsstrukturen als Daueraufgabe der Gemeindeführung erachtet.

6. Finanzen

Die Kosten für die externe Unterstützung zur Vorbereitung der Reglements- und Organisationsanpassungen sowie die Erarbeitung des Schnittstellenberichts (Umsetzung Motion V2538) belaufen sich auf ca. CHF 15'000. Die erwarteten Kosten für die Umsetzung der geplanten Reorganisation sind in den Kapiteln 2 und 3 erwähnt.

7. Folgen bei Ablehnung

Bei Ablehnung der Vorlage bleibt die Aufgabenteilung wie bisher. Nach Ansicht des Gemeinderats wäre dies eine verpasste Chance, das Zeitfenster für die vorgeschlagenen schlanken und kostengünstigen Anpassungen wäre für längere Zeit wieder geschlossen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements vom 19. Dezember 2005 wird gemäss vorgelegtem Entwurf beschlossen.
2. In Artikel 8 des Reglements vom 16. Januar 2017 über den Ausgleich von Planungsvorteilen wird "Direktion Planung und Verkehr" ersetzt durch "Direktion Präsidiales und Planung".
3. In Artikel 1 des Reglements vom 11. Dezember 1995 mit Ausführungs- und Gebührenbestimmungen zum Baureglement und über die Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes wird "Direktion Planung und Verkehr" ersetzt durch "Direktion Finanzen und Verkehr".
4. Im Anhang zum Bildungsreglement vom 13. Februar 2006 (Fassung vom 15. September 2025) wird die ganze Zeile C / 5.5 (Personal / Hauswirtschaft, Reinigung) aufgehoben.
5. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens

Köniz, 29. April 2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Verwaltungsorganisationsreglement vom 19. Dezember 2005, Änderungsvorlage. Synoptische Darstellung

Verwaltungsorganisationsreglement vom 19. Dezember 2005

Änderungsvorlage

Bisheriger Text

Vorlage/Neuer Text, Entwurf

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Dieses Reglement regelt

- a) die Grundzüge der organisatorischen Gliederung der Gemeindeverwaltung
- b) die Rechtsetzungskompetenz des Gemeinderats betreffend die Verwaltungsorganisation sowie Kompetenzen und Zuständigkeiten.

II. Organisatorische Gliederung

Art. 2

Gemeinderat

- 1 Der Gemeinderat führt die Gemeindeverwaltung.
- 2 Jede Direktion wird von einem Mitglied des Gemeinderats geführt.

Art. 3

Direktionen

- 1 Die Gemeindeverwaltung gliedert sich in fünf Direktionen.
2 und 3...
- 4 Jede Direktion besteht aus einer oder mehreren Abteilungen.
- 5 Der Gemeinderat kann unter Beachtung der Artikel 4–8 dieses Reglements den Direktionen einzelne Organisationseinheiten direkt unterstellen.

Art. 4Direktion
Präsidiales
und Finanzen

Die Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Sekretariatsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes, Standortförderung, Kommunikation, Rechtsdienst, Personal, Finanzen, Finanzkontrolle, Kultur.

Art. 5Direktion
Planung
und Verkehr

Die Direktion Planung und Verkehr (DPV) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Siedlungsplanung, Vollzug der Baugesetzgebung, Verkehr, Strassenunterhalt, öffentliche Beleuchtung.

Art. 6Direktion
Bildung
und Soziales

Die Direktion Bildung und Soziales (DBS) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Bildung und Erziehung, Mediotheken, Sport, Sozialhilfe, Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen, Kindes- und Erwachsenenschutz, Sozialversicherungen, berufliche Integration, soziale Einrichtungen für Kind, Jugend, Familie, Alter und Gesundheit, Migration und Asyl.

Art. 4Direktion
Präsidiales
und Planung

Die Direktion Präsidiales und Planung (DPP) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Sekretariats- und Stabsdienste zu Gunsten des Gemeinderates und des Gemeindeparlamentes, Standortförderung, Kommunikation, Rechtsdienst, Personal, Siedlungsplanung, Finanzkontrolle, Kultur.

Art. 5Direktion
Finanzen und
Verkehr

Die Direktion Finanzen und Verkehr (DFV) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Finanzen, Steuern, Vollzug der Baugesetzgebung, Verkehr, Strassenunterhalt, öffentliche Beleuchtung.

Art. 6Direktion
Bildung
und Soziales

Die Direktion Bildung und Soziales (DBS) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Bildung und Erziehung, Mediotheken, Sport, Badeanlagen, Sozialhilfe, Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen, Kindes- und Erwachsenenschutz, Sozialversicherungen, berufliche Integration, soziale Einrichtungen für Kind, Jugend, Familie, Alter und Gesundheit, Migration und Asyl.

Art. 7

Direktion
Sicherheit
und
Liegenschaftern

Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Gewerbepolizei, Amts- und Vollzugshilfe, Badeanlagen, Niederlassung und Aufenthalt, Einbürgerung, Abstimmungen und Wahlen, Zivilschutz, Feuerwehr, Bau und Unterhalt von gemeindeeigenen Bauten und Anlagen (Hochbau), Liegenschaftsverwaltung. Ferner sorgt sie nach Massgabe der kantonalen Polizeigesetzgebung für die Erfüllung der Aufgaben der Sicherheits- und Verkehrspolizei.

Direktion
Sicherheit
und Liegenschaften

Art. 7

Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Gewerbepolizei, Amts- und Vollzugshilfe, Niederlassung und Aufenthalt, Einbürgerung, Abstimmungen und Wahlen, Zivilschutz, Feuerwehr, Bau, Unterhalt und Betrieb der gemeindeeigenen Liegenschaften (Hochbau), Liegenschaftsverwaltung. Ferner sorgt sie nach Massgabe der kantonalen Polizeigesetzgebung für die Erfüllung der Aufgaben der Sicherheits- und Verkehrspolizei.

Erläuterung zum betrieblichen Unterhalt:

Der betriebliche Unterhalt der Schulanlagen wurde bisher zur Schule gerechnet, er fiel unter "Bildung und Erziehung" in Artikel 6 (DBS), war also nicht ausdrücklich separat erwähnt.

Mit der vorliegenden Änderung wechselt der betriebliche Unterhalt der Schulanlagen zur Direktion Sicherheit und Liegenschaften. Dieser Wechsel ist im VOR nicht gut erkennbar, er wird auf Verordnungsebene (VOV) besser erkennbar sein.

Neu soll der leicht genauere Ausdruck "betrieblicher Unterhalt" verwendet werden.

Erläuterung zu den Badeanlagen:

Die Badeanlage Weiermatt wechselt zur DBS, Artikel 6.

Art. 8

Direktion
Umwelt und
Betriebe

Die Direktion Umwelt und Betriebe (DUB) erfüllt die Aufgaben folgender Bereiche: Umweltschutz, Energie, Landschaftsplanung und -pflege, Friedhofspflege und Bestattungen, Siegelungsverfahren, Testamente und Erbgangssicherung, Abfallbewirtschaftung, Wasserversorgung, Gasversorgung, Abwasserentsorgung, Vermessung, Informatik.

Art. 9 und 10

...

III. Verordnungen und Weisungen

Art. 11

- Verordnung 1 Der Gemeinderat erlässt die ergänzenden Bestimmungen zu diesem Reglement in einer Verordnung.
- 2 Die Verordnung enthält insbesondere Bestimmungen
- über die organisatorische Gliederung der Direktionen bis auf Stufe Abteilung;
 - über die Aufgaben dieser Organisationseinheiten;
 - über Kompetenzen, Zeichnungsberechtigungen und Stellvertretung.
- 2bis Sind Bezeichnungen in Reglementen, die in der Kompetenz des Parlaments liegen, infolge von organisatorischen Änderungen anzupassen, so kann der Gemeinderat diese Anpassungen durch Verordnung vornehmen.
- Weisungen 3 Zur näheren Regelung der Verwaltungstätigkeit erlässt der Gemeinderat die erforderlichen Weisungen.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 12

- Aufhebung von Erlassen 1 Mit dem Inkrafttreten dieses Reglements sind alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben.
- 2 Aufgehoben ist insbesondere das Organisationsreglement vom 13. September 1991.
- 3 Art. 87 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 2. Juli 1961 tritt mit Inkrafttreten dieses Reglements ohne weiteres ausser Kraft.

Art. 13

Inkrafttreten Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Köniz, 19. Dezember 2005

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher